

Herta Däubler-Gmelin

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Bundesministerin a. D., ist Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe sowie Sprecherin des Gesprächskreises Afrika und der Parlamentariergruppe Südliches Afrika.

Herzliche Glückwünsche dem Institut für Friedenspädagogik Tübingen e. V. nicht nur zum 30-jährigen Bestehen, sondern vor allem zu der hervorragenden Arbeit, die Sie in diesen drei Jahrzehnten geleistet haben.

„Der Ernstfall ist nicht der Krieg, der Frieden ist der Ernstfall!“ – diese Feststellung Gustav Heinemanns hört man zwar heute nicht mehr so häufig wie in der Zeit, in der sie immer wieder mahnend ausgesprochen und politische Forderungen damit verbunden wurden. Wir alle wissen jedoch, dass es höchste Zeit wird, dass wir uns genau daran wieder erinnern, und zwar schnell. „Wir“, das sind die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker, die Medien, aber auch ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger bei uns in Deutschland und in Europa.

Heute hört man immer häufiger von Militär-Einsätzen unter Beteiligung der UN, der Europäer, der Deutschen: In Kosovo, Afghanistan, vor Somalia und Libanon, im Süd-Sudan, aber auch in der Demokratischen Republik Kongo. Ausdruck von imperialer Machtpolitik sind diese Militäreinsätze nicht; damit unterscheiden sie sich ganz entscheidend etwa vom völkerrechtswidrigen Krieg der USA und ihrer Koalition der Willigen im Irak. Allerdings befinden sich auch deutsche Politiker, die solche Entscheidungen mit der Begründung verbanden, „Deutschland müsse zur Normalität zurückkehren“ auf einem unheilvollen Irrweg. Normal sind Militäreinsätze nie. Gerade die Entscheidungen des Bundestages für diese Einsätze waren schmerzlich, strittig und lange erwogen. Im Einzelfall hielt auch ich sie aus den besonderen Bedingungen heraus für unvermeidbar; insgesamt konnten/können Militäreinsätze, auch die zur Hilfe in anders nicht mehr zu bewältigenden, gewaltsamen Konflikten beschlossenen, höchstens Voraussetzungen schaffen helfen, um Friedensaufbau und Frieden wieder möglich zu machen. Ausdruck des Versagens von Peacebuilding, von Stabilisierung von Institutionen und Zivilgesellschaft, von rechtzeitiger, von präventiver politischer Konfliktbewältigung sind sie allemal.

Mittlerweile gehört Peacebuilding auch zu den offiziell anerkannten Instrumenten der Vereinten Nationen: Im Rahmen der UN-Reform soll eine spezielle Kommission dafür sorgen. Allerdings zeigt das fehlende politische und finanzielle Engagement vieler Staaten auch hier wieder, wie viel Umdenken noch geleistet werden muss. Friedenserziehung ist dafür unabdingbar. Anders kann die Überzeugung von der Notwendigkeit rechtzeitiger Konflikterkennung und friedlicher präventiver Konfliktbewältigung ebenso wenig durchgesetzt werden, wie die von der Notwendigkeit des Aufbaus demokratischer, rechtsstaatlicher und stabiler Institutionen, also Peacebuilding. Die Zeit dafür drängt – das sehen wir überall. Vorreiter für diese Arbeit ist das Tübinger Institut für Friedenspädagogik, das mit einer immer größeren Breite an Angeboten und

Vorschlägen eigentlich für alle Bereiche des Zusammenlebens Möglichkeiten bietet, Kinder, junge Leute und Erwachsene vom Wert und „Ernstfall“ eines friedlichen Zusammenlebens, von präventiver Konfliktregelung, Schlichtung und gewaltfreier Konfliktlösung zu überzeugen.

In meinem politischen und beruflichen Leben habe ich sehr häufig auf die Materialien und Anregungen des Instituts für Friedenspädagogik zurückgreifen können: Als Bundesministerin der Justiz nach den Schrecken von Erfurt beispielsweise auf Konzepte zur Konfliktprävention in Schulen, auf Gewaltlotsen oder auf Gewalt- und damit auch Kriminalitätsprävention im Nachbarschaftsbereich. Heute sind Ihre Konzepte und Überlegungen für meine Arbeit im Internationalen Menschenrechtsbereich besonders wichtig.

Die Zusammenhänge von Frieden und Gerechtigkeit, von Gewalt und Chancenlosigkeit, Elend und Hoffnungslosigkeit in einem globalen Wirtschaftssystem, das immer mehr und immer häufiger Verlierer produziert, müssen endlich auch in die Politik Eingang finden. Denn – der Frieden ist der Ernstfall. Den zu stabilisieren, müssen wir lernen, auch überzeugen lernen.

Dabei helfen Sie. Dafür ganz herzlichen Dank.

Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V. (Hrsg): Promote Peace Education! Viele Stimmen für den Frieden. Tübingen 2006, S.20-22.